

interkonfessionelle. Wer sich der Mühe unterzieht, die Verhandlungen der Nationalversammlung zu diesem Punkte nachzulesen, wird das unschwer feststellen können. Ja, auch Herr von Keudell scheint das sogar gewußt zu haben. Denn sonst braucht er den christlichen Charakter der Simultanschule nicht besonders zu begründen und zu rechtfertigen. Die amtliche Begründung des Gesetzentwurfes sagt hierüber: „Angesichts der Tatsache, daß unter den rund 62,4 Millionen Einwohnern Deutschlands etwa 60,2 Millionen Christen sind, wird die Gemeinschaftsschule die vom Christentum beeinflussten Äußerungen der deutschen Geistesgeschichte im Unterricht und in der Erziehung lebendig zu machen haben.“ Dieser Standpunkt ist leider bereits von prominenten Demokraten und demokratisch eingestellten Zentrumsmännern gebilligt worden, trotzdem er doch im Grunde höchst undemokratisch ist. Soweit die Juden in größeren Gemeinden wohnen, kann ihnen der christliche Charakter der Simultanschule, der übrigens auch bei Berücksichtigung der Vorschläge Preußens zur Abänderung des Gesetzentwurfes ein christlicher bleibt, schließlich gleichgültig sein, da sie ja dort stets die Möglichkeit haben werden, ihre Kinder in eine jüdische Volksschule zu schicken. In kleineren Gemeinden aber, wo es religiöse Minderheiten, und besonders die Juden aus Mangel an Mitgliedern nicht zu einer entsprechenden Sonderschule bringen können, und selbst, wenn sie die nötige Zahl der Erziehungsberechtigten aufbringen, vielleicht auch nicht bringen wollen, um den Kindern eine geistige Vorbildung in einer einklassigen Schule zu ersparen, in solch kleineren Gemeinden wird in der christlichen Simultanschule bei den diese Schule besuchenden jüdischen Kindern eine Erziehungsart zur Anwendung gebracht, die diesen Kindern gegenüber nicht gerade moralisch genannt werden kann. Der Satz aus Paragraph 1 des Gesetzentwurfes, den in dieser Form auch die Reichsverfassung enthält: „Beim Unterricht ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden“, wird unter diesen Umständen zur Farce.

Nicht nur von sozialdemokratischer Seite ist gegen diese verfassungsändernde Gestaltung der Simultanschule Stellung genommen worden. Es ist interessant, im September-Heft der von Wilhelm Stapel und Albrecht Erich Günther herausgegebenen Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, die wahrlich alles andere als linksgerichtet oder gar christentumsfeindlich eingestellt ist, Ausführungen zu finden, die dem gleichen Ziele zustreben. Dort heißt es in einem Artikel von Dr. h. c. Ernst Kriek über das Reichsschulgesetz u. a.: „Das deutsche Kulturgut, wie es auch die Lehrpläne der Volksschulen füllt, den Religionsunterricht ausgenommen, ist seiner Art und seiner Herkunft nach rein national und weltlich und hat mit Konfession und Kirche schlechterdings nichts zu schaffen. Rechnen, Geometrie, Erdkunde, Deutschkunde, Geschichtslehre, Naturlehre sind nicht christlicher oder konfessioneller Art, sondern Ergebnis rein rationaler Ausgestaltung der Erfahrung... Das deutsche Kulturgut beruht nicht wesentlich auf den Religionslehren des Christentums. Selbst die katholische Normallehre des zum Heiligen und Kirchenlehrer erhobenen Thomas von Aquino ist zur Hälfte auf Aristoteles und andere Denker der Antike begründet. Das deutsche Bildungssystem der Gegenwart ist hervorgegangen aus der Wiedergeburt des griechischen Rationalismus und hat zum Hauptinhalt rein erfahrungsmäßige und rationale Erkenntnis, wozu auch das im engeren Sinne nationale, aus deutscher Entwicklung und Schöpfung stammende Kulturgut gehört.“ Wir wollen diese Worte als wertvolle Unterstützung unserer rein rechtlichen Kritik registrieren.

Will man wirklich den Charakter der Simultanschule im Gegensatz zur Weimarer Verfassung so festlegen, wie es der Gesetzentwurf beabsichtigt, dann werden auch die Auswirkungen in der Lehrerfrage nicht ausbleiben. „Bei der Anstellung der Lehrer ist die Gliederung der Schüler nach Bekenntnis und Weltanschauung tunlichst zu berücksichtigen“, heißt es in Paragraph 3 Absatz 4 des Entwurfs. Die Praxis wird nur zu schnell dazu führen, Juden, Dissidenten und sonstige Nichtchristen von der Anstellung in der Simultanschule auszuschließen.

Weit gefährlicher für die Angehörigen der religiösen Minderheiten ist jedoch eine andere Bestimmung in Paragraph 13: „Bei der Besetzung der Stellen der unmittelbaren, fachmännisch vorgebildeten Schulaufsichtsbeamten ist auf die Art der ihnen unterstellten Schulen Rücksicht zu nehmen.“ Der Entwurf versucht hier bei der Auswahl der Schulaufsichtsbeamten (Schulräte) das konfessionelle Moment einzuschmuggeln. Daß das mit der einschlägigen Vorschrift der Reichsverfassung nicht vereinbar ist, ist offensichtlich. Nach Artikel 144 der Verfassung ist die Schulaufsicht

durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte auszuüben. Eine Beschränkung nach konfessionellem Gesichtspunkte ist also nicht vorgesehen, würde auch dem Geiste der Verfassung nicht entsprechen. Aber damit noch nicht genug. Die von dem Keudellschen Entwurf geplante Regelung führt sogar dazu, Nichtchristen, also auch die Juden, von der Bekleidung des Amtes eines Schulrats völlig auszuschalten. Die amtliche Begründung erläutert die oben skizzierte Gesetzesbestimmung nämlich folgendermaßen: „In einem Schulaufsichtsbezirk, in dem die überwiegende Mehrzahl der Schulen evangelische Bekenntnisschulen sind, soll auch der Schulrat diesem Bekenntnis angehören.“ Es gibt in Preußen keinen Schulaufsichtsbezirk (meist mit einem Landkreise sich deckend), in dem etwa eine Mehrzahl jüdischer oder weltlicher Schulen vorhanden ist. Bei dem Amte des Schulrats beginnt man mit der Ausschließung der Juden und Dissidenten, andere Aemter will man womöglich folgen lassen. Dabei ist nach Artikel 136 der Reichsverfassung „die Zulassung zu öffentlichen Aemtern unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.“

Wenn wir als Juden also aus dem oben ange-

gebenen Grunde ein Reichsschulgesetz an sich begrüßen, so müssen wir doch unsere Zustimmung zu dem jetzigen Entwurf im Hinblick auf die christliche Simultanschule und die Frage der Lehreranstellung und Schulratsberufung einschränken. Es ist betrüblich, daß die jüdische Lehrerschaft nicht korporativ gegen die geplante Regelung dieser drei Punkte protestiert hat. Handelt es sich doch dabei um eine jüdische Angelegenheit, die nichts mit allgemein-politischen Fragen, wie etwa der der konfessionellen Schule oder der geistlichen Schulaufsicht zu tun hat, in denen jeder jüdische Lehrer nach seiner politischen Einstellung denken mag, was er will, und deren Erörterung im Rahmen eines jüdischen Lehrerverbandes allerdings nicht zu einer einheitlichen Ansicht führen kann. Der ständige Ausschuß des Preußischen Landesverbandes Jüdischer Gemeinden hat sich unlängst in längerer Aussprache mit dem Reichsschulgesetz beschäftigt, ohne daß Einzelheiten über das Ergebnis der Aussprache bekannt geworden sind. Wir wollen hoffen, daß wenigstens von dieser Seite die Interessen der jüdischen Kinder und der jüdischen Lehrer gegenüber den maßgebenden Stellen wahrgenommen werden.

Gibt es in den Vereinigten Staaten ein jüdisches Problem?

II.

Ich persönlich bin davon überzeugt, daß, wenn nicht die gehässige antijüdische Propaganda gewesen wäre, Mr. Hilquit zum ersten jüdischen Bürgermeister von Newyork-City gewählt worden wäre. Allerdings war Hilquit ein ausgesprochener Sozialist und von der sozialistischen Partei nominiert worden, aber er war der einzige Kandidat im Staate Newyork, der ein Parteiprogramm des Friedens aufzustellen wagte, und der die Wünsche der überwiegenden Masse von Newyorkern, Juden wie Christen, widerspiegelte. Die große Masse der Juden, Deutschen und Iren, die die zahlreichsten Elemente (außer den Italienern) in der Bevölkerung der Stadt Newyork bilden, wollten den Frieden und war gegen den Krieg. Ich bin davon überzeugt, daß überhaupt die Mehrzahl der Amerikaner gegen den Krieg war und Wilson mit der Hoffnung wiedergewählt, daß er seine ursprüngliche friedliche Politik fortsetze.

Die Begeisterung für Hilquit griff um sich. Seine Wahl erschien gewiß. Die Deutschen und die Iren organisierten Hilquit-Komitees und veranstalteten großartige Massenversammlungen zugunsten seiner Kandidatur. Aber die boshafte antijüdische Propaganda hatte Erfolg. Tausende von Christen wurden allein durch den Gedanken, daß er ein Jude ist, davon abgeschreckt, Hilquit zu wählen. Ich selbst hörte viele derartige Erklärungen. Ich würde für Hilquit stimmen, wenn er kein Jude wäre! Die antijüdischen Leitartikel hatten den Erfolg, den die Schreiber haben wollten: das Volk stimmte für einen Mann und wählte ihn, der sich zu Zielen bekannte, die den ihrigen entgegengesetzt waren, es unterdrückte seinen Protest und rettete die Stadt vor der Schande eines jüdischen Bürgermeisters!

Ist es nicht merkwürdig, daß in einer Stadt wie Newyork, in der die Juden fast ein Drittel der Bevölkerung bilden, wo sie einen mächtigen Einfluß auf Handel, Industrie und auf alle erzieherischen und geistigen Bewegungen besitzen, die Aufstellung und wahrscheinliche Wahl eines jüdischen Bürgermeisters solche Unruhe und Verwirrung unter die Andersgläubigen brachte. Was ist der Grund für diesen Zustand? Die Antwort ist: Die Juden dürften die kleineren Stellungen im Rat unserer politischen Parteien einnehmen; die wichtigsten Aemter jedoch sind für die Christen bestimmt.

Einem Freunde von mir, der an einem vor-medizinischen Kursus an der Columbia-Universität teilnahm und diesen mit Ehren und Auszeich-

nung beendete, wurde eines Tages mitgeteilt, daß für ihn in dem eigentlichen medizinischen Kolleg kein Platz sei; so mußte mein Freund denn sein Heim und sein Familienleben für die Zeit von vier Jahren verlassen und das medizinische Studium an einer Bostoner Universität vollenden. Mein Freund schrieb diese Behandlung religiöser Abneigung zu. Von vielen anderen Medizinstudenten und von einer Anzahl von in diesem Berufe tätigen Damen und Herren hörte ich ähnliche Geschichten. Diese Schilderungen mögen ein wenig übertrieben sein, jedoch sind solche Gerüchte nicht gänzlich grundlos, sie drücken die bestehende Lage in gewissen Fakultäten aus. Solche Zeichen von religiösem Vorurteil und Intoleranz in Erziehungsinstituten festzustellen, ist gewiß nicht angenehm. In Lehranstalten sollten wir am wenigsten eine Spur irgendwelcher Intoleranz erwarten.

Die erst kürzlich bekannt gewordene schmachvolle Behandlung einer Gruppe von jüdischen internen Zöglingen in einem Institut in Brooklyn durch ihre christlichen Gefährten ist allen Lesern bekannt und bedarf keiner Erläuterung an dieser Stelle. Daß solch ein Zustand in einem Institut vorkommen kann, wo Männer und Frauen eine gründliche kulturelle Schulung genießen, ist um so schändlicher und läßt in dem klar denkenden Menschen Zweifel an der Vollkommenheit unseres Erziehungssystems entstehen.

So viel von Newyork. Ich könnte noch mehr Beispiele anführen, aber die erwähnten vertreten jedes Gebiet sozialer und gewerblicher Tätigkeit und sie sprechen für sich.

Wir kommen jetzt zur Betrachtung von Philadelphia und der Wirkung, die es auf mich in meinem Studium antijüdischer Kundgebungen gehabt hat.

Als Lehrer und Uebersetzer komme ich mit vielen einflussreichen Philadelphiern, Damen und Herren, die jede mögliche Lebenssphäre dieser Stadt repräsentieren, in Verbindung, und ich habe oft gute Gelegenheiten, gewisse Erscheinungen zu beobachten, die dem Durchschnittsjuden, der immer mit dem Kampf um den Lebensunterhalt beschäftigt ist, fast gänzlich unbekannt sind. Welches sind nun die Gefühle, mit denen die Christen den Juden und das jüdische Problem ansehen? Seit meiner Kindheit bin ich unter Andersgläubigen erzogen worden. Ich habe viele Freunde unter ihnen. Nichts an mir, weder im Aussehen noch in den Manieren drückt dem Christen das aus, was er gern „die jüdische Charakteristik“ nennt. Tatsächlich werde ich von vielen der ihrigen für einen Christen gehalten und sehr oft vertrauen mir einige von ihnen die Geheimnisse ihres Herzens und die Gedanken ihres Geistes an, was sie nicht tun würden, wüßten sie, daß ich ein Jude bin. Daher bin ich in der Lage, meinen Lesern den naturgetreuen Widerschein der Mentalität des Durchschnittsjuden in dieser Stadt der brüderlichen Liebe zu geben.

Als ich vor zwei Jahren in dieser Stadt ankam, wurden mir natürlich folgende Fragen vorgelegt: Aus welchem Teil des Landes kommen Sie? Aus welcher Stadt? Ich antwortete frei heraus: aus der Stadt Newyork. Und jedesmal konnte ich einen zynischen Ausdruck in den Gesichtern meiner Frager bemerken, was gewöhnlich von folgenden Worten begleitet war: „Sie kommen also aus dem Juden York“ (das engl. Wortspiel New York und Jew York läßt sich im Deutschen nicht wieder-

Rein natürliche
Heilquellen
des In- und Auslandes
Rheinische und Harzer Tafelwässer
Mineralquellenversand
Lessingstraße 24 — Fernspr. 18921

geben). F
york ist
relle Fort
schen, kü
Nation. I
der geleh
veröffentl
als ein ge
tur dieser
gebildeten
„Ja,“ pfl
tur, Musl
verd... J
„Und ma
es denn
Verhältnis
den wie i
nicht auf
ich unser
Frage: „
die Antw
dann pfl
ziehen, n
gehen?“
Antwort.
kommt es
Ben Zahl
nicht ver
glauben
unmöglich
Fragen g
hat keine
über den
das ist a
für seine
bringen.
ses Gefü
Männern
verschied
liberal d
aus sehr
un. Mat
sagen, d
dazu bri
überzusi
gläubiger
erginge i
ten! Ma
von dies
war; er
schmerz

Kel

Berl
Geld für
lenziger
längeren
die Mel
rend die
chungen
mann u
dem rum
prinzipi
Staaten
den über
die deu
Gang k
Deutsch
zu erhal
delspoli
Es schei
lands V
pitalzuf
Wege z

Der V
den der
Gegenw
Im Mär
den Mi
malige
Abordn
nen De
des Lan
Franz
Paul Na
gung de
nien ein
rest ist
versuch
Allerdin
männli
retisch
nur die
erlangt
Kriegsd
in Rum
auch ih
wohnha
Beweis
oder ih
schen J
auch di
pier ste
auch n
wie De
wird, s
haben,